

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Petra Pau, Jörn Wunderlich  
und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Ermittlungen gegen frühere jüdische Partisanen in Litauen**

Die litauische Justiz ermittelt derzeit gegen mehrere Personen, die sich während der nazideutschen Besatzung Litauens den Partisanen angeschlossen hatten. Nach Medienberichten und weiteren Informationen der Fragesteller sind bislang ausschließlich jüdische Angehörige der Partisanenbewegung betroffen. Schriftliche Informationen, was mit den Ermittlungen bezweckt wird, haben die vier Betroffenen bislang nicht erhalten. Medienberichten zufolge sollen sie – zumindest vorerst – nicht als Beschuldigte, sondern als Zeugen vernommen werden, um Vorwürfen über angebliche Kriegsverbrechen nachzugehen, die von antifaschistischen Partisanen begangen worden sein sollen. Die Betroffenen sowie mehrere jüdische Organisationen sehen in dem Vorgehen der Justiz den antisemitisch motivierten Versuch, den jüdischen Widerstand gegen die Nazis und ihre litauischen Kollaborateure zu diffamieren.

Grundlage für die Verfahren sind offenbar Vorwürfe, die unter anderem von der rechtsextremen antisemitischen Tageszeitung „Lietuvos Aidas“ und einem Parlamentsmitglied der „Vaterlandspartei“ erhoben worden sind. Diese beziehen sich auf die Memoiren von Rachel Margolis und auf ein Buch von Yitzhak Arad, die beide über ihre Zeit bei den Partisanen schreiben. Einsätze, die von den Partisanen auch gegen litauische Kollaborationseinheiten bzw. Dorfmilizen geführt worden sind, werden von litauischen Rechtsextremisten als Verbrechen gewertet. Von den Vernehmungen verspricht sich die Staatsanwaltschaft offenbar, weitere „tatbeteiligte“ Personen zu ermitteln.

Die Verfahren haben erhebliche Beunruhigung in der jüdischen Gemeinde Litauens und bei internationalen jüdischen Gemeinden hervorgerufen. Einrichtungen wie Yad Vashem und das Simon Wiesenthal Center (SWC) stellen das Vorgehen der litauischen Justiz in den Kontext eines grassierenden Antisemitismus und Antikommunismus, der in dem Land herrsche. In der Nacht auf den 10. August 2008 wurde das Jüdische Gemeindezentrum in Vilnius mit Hakenkreuzen beschmiert; die Täter sprühten außerdem „Juden raus“ (in deutscher Sprache) auf die Hauswand. Diesen Ausbruch antisemitischer Gewalt interpretiert Yad Vashem als „direktes Ergebnis“ des in Litauen zunehmenden „historischen Revisionismus“ (Jerusalem Post vom 11. August 2008).

Eine der Betroffenen, die in Kanada lebende Sara Ginaite, bringt in einem Artikel in „Jewish Currents“ (Vorabveröffentlichung der Septemberausgabe) in Erinnerung, dass sämtliche Forderungen, Naziverbrecher vor Gericht zu bringen, stets als „zu spät“ zurückgewiesen worden seien. „Es ist befremdlich, dass es aber nicht zu spät geworden ist, das litauische Justizsystem zu benutzen, um diejenigen in Misskredit zu bringen, die gegen die Nazis gekämpft haben“, schreibt Ginaite.

Zu den weiteren Personen, welche die litauische Staatsanwaltschaft vernehmen will, gehören der frühere Direktor von Yad Vashem, Dr. Yitzhak Arad, und Rachel Margolis. Beide leben in Israel, haben die Kooperation mit den litauischen Behörden in dieser Frage aber abgelehnt; Arad wird auf BBC (17. Juli 2008) mit den Worten zitiert, er wolle „nicht Teil dieses Spiels sein“, das darauf ziele, Geschichte zu verfälschen. Die in Vilnius lebende Fania Brantsovsky wurde hingegen bereits vernommen.

Anlässlich eines Treffens mit dem Direktor des SWC für internationale Beziehungen hat Litauens Präsident – einer Presseerklärung des SWC Paris vom 7. August 2008 zufolge – ausgesagt, die Fälle seien nun geschlossen. Dem stehen allerdings anderslautende Aussagen der litauischen Regierung entgegen, welche die Unabhängigkeit der Justiz betonen.

Die politischen wie humanitären Folgen dieser Vorkommnisse sind ebenfalls besorgniserregend: Die Sorge vor juristischer Verfolgung wie vor medialer Diffamierung gleichermaßen hat Rachel Margolis dazu bewogen, erstmals seit Jahrzehnten darauf zu verzichten, den Sommer in Vilnius zu verbringen und sich dort unter anderem am Sommerprogramm des Yiddish Instituts zu beteiligen. In den – wenigen – Artikeln in der außereuropäischen Presse wird zunehmend die Frage gestellt, ob Vilnius es verdiene, 2009 „Kulturhauptstadt Europas“ zu sein.

Bislang haben unter anderem die irische und die US-Botschaft auf die Ereignisse reagiert. Die US-Botschaft stellte Fania Brantsovsky eine Ehrenurkunde aus, die irische Botschaft gab ihr zu Ehren am 3. Juni 2008 einen Empfang – nur wenige Tage, nachdem litauische Polizeibeamte an ihrer Wohnungstür gestanden hatten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwiefern ist der geschilderte Sachverhalt der Bundesregierung bekannt?
2. Steht die Bundesregierung in Kontakt mit der litauischen Regierung, um über die Ermittlungen gegen vormalige jüdische Antinazipartisanen unterrichtet zu werden, oder will sie an die litauische Regierung mit der Bitte um entsprechende Unterrichtung herantreten, und wenn nein, warum nicht?
3. Hat die Bundeskanzlerin anlässlich ihres Staatsbesuches in Litauen diese Thematik angesprochen?  
Wenn ja, was hat sie dabei erfahren und welche Stellung hat sie dazu eingenommen, wenn nein, warum nicht?
4. Welchen aktuellen Stand haben die Ermittlungen gegen die früheren Partisanen?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, auf welche Quellen sich die litauischen Behörden bei ihren Ermittlungen stützen?
  - a) Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich die litauischen Behörden auf NS-Quellen in öffentlichen oder privaten Archiven stützen, und wenn ja, welche?
  - b) Haben sich litauische Behörden in der genannten Angelegenheit an deutsche Stellen gewandt mit der Bitte um Einsicht in oder Überlassen von NS-Unterlagen, und wenn ja, welche und wie ist mit den Anfragen verfahren worden?
  - c) Ist der Bundesregierung bekannt, ob in Deutschland lebende Angehörige der früheren Partisanenbewegung von litauischen Behörden als Zeugen oder „Tatverdächtige“ gesucht werden, und sind diesbezüglich Rechts-

hilfeersuchen gestellt worden, und wenn ja, wie sind diese beschieden worden?

6. Welche in Vilnius ansässigen Auslandsvertretungen welcher Staaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung mit Ehrenurkunden, Ehrenempfängen oder anderen geeigneten Maßnahmen verdeutlicht, dass sie den antifaschistischen Widerstandskampf der Partisanen für gerechtfertigt halten?
7. Beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Auslandsvertretungen in Litauen anzuweisen
  - a) Fania Brantsovsky eine Urkunde in Anerkennung für ihre Verdienste um den antifaschistischen Kampf auszustellen,
  - b) Fania Brantsovsky zu Ehren einen Empfang zu geben,
  - c) Lesungen mit den Werken von Sara Ginaite, Rachel Margolis, Yitzhak Arad durchzuführen,
  - d) In anderer Weise demonstrativ herauszustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland den antifaschistischen Kampf sowohl von jüdischen als auch nichtjüdischen Partisanen gegen die Wehrmacht und ihre Kollaborateure für gerechtfertigt hält?

Wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant, wenn nein, warum nicht?

8. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Erstellung und Publikation von Memoiren ehemaliger Partisanen zu unterstützen oder hat sie dies bereits getan?

Wenn ja, inwiefern, wenn nein, warum nicht?

9. Hat die Bundesregierung das Vorgehen der litauischen Justiz gegen jüdische Partisanen im Rahmen der EU, der OSZE oder Nato thematisiert, und wenn ja, bei welcher Gelegenheit, und mit welchem Ergebnis?
10. Sieht die Bundesregierung Veranlassung, im Rahmen der Europäischen Kommission die Entscheidung, den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ an Vilnius zu verleihen, zu überdenken?

Berlin, den 4. September 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

